

Neujahrsempfang des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins

Rede von Bürgermeister Daniel Zimmermann vom 11.01.2014

Sehr geehrter Herr Heymann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die freundliche Einladung zu Ihrem Neujahrsempfang bedanke ich mich sehr herzlich. Die Gelegenheit, einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und einen Ausblick auf das neue zu werfen, will ich gerne nutzen. Ich denke, dass es eine Reihe von Themen gibt, für die Sie sich interessieren und auf die es einzugehen lohnt. Dabei werde ich natürlich besonders auf einige Bamberger Themen eingehen.

Investitionstätigkeit in Höhe von rund 24,8 Mio. €

Das vergangene Jahr war geprägt von vielen Baustellen. Damit wird es auch im nächsten Jahr weitergehen, denn die Stadt hat eine Menge aufzuholen. Viele Investitionen stehen in diesem Jahr an. Insgesamt summiert sich das Investitionsvolumen der Stadt für 2015 auf 24,8 Mio. €. Davon entfallen allein 4,8 Mio. € auf die Schulen. Wir modernisieren für 1,1 Mio. € die Schulhöfe. Die Peter-Ustinov-Gesamtschule erhält für 600.000 € eine Außensportanlage, die sie bisher nicht hatte. Und es wird An- und Neubauten für die Winrich-von-Kniprode-Schule, die Grundschule am Lerchenweg und die Hermann-Gmeiner-Schule geben.

An der Winrich-von-Kniprode-Schule - und das ist für viele Baumberberinnen und Bamberger, die diese Schule in ihrer Kindheit selber besucht haben, sicher schmerzhaft - werden wir den bestehenden Altbau abreißen, um ihn durch einen Neubautrakt zu ersetzen. Für diese Maßnahme sind in Summe 3,1 Mio. € veranschlagt. Die Neubauplanung sieht statt der bisherigen vier Klassenräume eine Mensa nebst Küche sowie vier Klassen- und zwei OGS-Räume vor. Die Klassen- und Ganztagsräume werden durch mobile Trennwände multifunktional nutzbar sein, das dient dann sowohl der Inklusion als auch der Ganztagsbetreuung am Nachmittag. Etwa 60 Prozent der 233 Kniprode-Schüler nehmen zurzeit am Offenen Ganztage teil. Weil diese Zahl in den nächsten Jahren weiter steigen wird, ist der Neubau dringend erforderlich. Wenn die Schule dauerhaft an ihrem Standort bleiben soll, dann braucht sie geeignete Räume. Wir wollen im Sinne der Schülerinnen und Schüler die erforderlichen Bedingungen schaffen.

Doch zurück zu den Investitionen: Weitere 2,2 Mio. € fließen in den Neubau der Kunst- und Musikschule am Berliner Ring. Das Gebäude ist etwa zur Hälfte fertig gestellt. Im August sollen die Bauarbeiten beendet sein. Wir werden in Summe 5,1 Mio. € in den Straßen- und Kanalbau investieren. Davon entfallen allein 2,5 Mio. € auf die Hauptstraße in Baumberg. Für den Ortsteil Baumberg und den Einzelhandel entlang der Hauptstraße wird dieses Projekt genauso wichtig sein wie der Umbau der Krischerstraße für die Stadtmitte.

Sie sehen, dass ein Schwerpunkt der Investitionen in diesem Jahr auf den Stadtteil Baumberg entfällt. So wird es auch bei der Fortsetzung des Deckensanierungsprogramm sein, für das 420.000 € eingeplant sind. Wir werden in 2015 eine ganze Reihe von Straßen in Baumberg mit einer neuen Asphaltdecke ausstatten. Im Einzelnen sind das folgende Straßen:

- Holzweg und Hegelstraße, jeweils westlich der Geschwister-Scholl-Straße
- Fichtestraße
- Humboldtstraße, von Hegel- bis Fichtestraße
- Verresberger Straße
- Leienstraße
- Deichstraße, zwischen Haupt und Griesstraße,
- Schwanenstraße
- Griesstraße, zwischen Sand- und Monheimer Straße

An der Kreuzung Baumberger Chaussee/Knipprather Straße wird für rund 400.000 € ein neuer Kreisverkehr entstehen, um die dort derzeit noch vorhandene Ampelanlage zu ersetzen.

Rund 3 Mio. € sind veranschlagt für den Start der Bauarbeiten für die neue Feuer und Rettungswache an der Paul-Linke-Straße. Die Stadt hat im Laufe des letzten Jahres den Garagenhof, der sich in der lang gestreckten Kurve der Oranienburger Straße befindet, aufgekauft. Diese Garagen werden abgerissen und eine Etage tiefer gelegt. Auf der neugebauten Tiefgarage wird dann ein Neubau für die Feuerwehr entstehen. Sobald dieser Bauabschnitt fertig gestellt ist, wird die Feuerwehr dort einziehen und wir werden den bestehenden Altbau von Grund auf sanieren. Das Gesamtprojekt wird etwa fünfzehn Jahre dauern. Am Ende werden wir an dieser Stelle und 19 Mio. € ausgegeben haben.

Auch in das Bürgerhaus wird investiert. Die Stadt erneuert für 200.000 € die Dacheindeckung und baut bei dieser Gelegenheit gleich eine verbesserte Wärmedämmung ein.

Kein Platz für Fremdenfeindlichkeit

Weitere 1,4 Mio. € - und damit komme ich auch zum Ende meiner Aufzählung - fließen in die Sanierung der städtischen Übergangwohnheime. Wir werden an der Niederstraße den ersten Bauabschnitt für eine neue Unterkunft für Flüchtlinge und Obdachlose realisieren. Während andersorts biedere Bürger auf die Straße gehen und ihre Fremdenfeindlichkeit demonstrieren, nehmen wir in Monheim am Rhein unsere Verantwortung wahr und werden dafür sorgen, dass Menschen, die aus welchen Gründen auch immer gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, sich bei uns willkommen fühlen. Wir wollen bessere Unterbringungen ermöglichen, als es bisher der Fall ist. Zurzeit leben rund 260 Menschen in den städtischen Übergangunterkünften an der Niederstraße, der Rhenania- und der Danziger Straße sowie in einer Reihe von seitens der Stadt angemieteten Wohnungen - eine Zahl, die uns, auch wenn sie noch größer werden sollte, gewiss nicht überfordert.

Es ist schon beschämend, dass ein grundsätzlicher Streit, der zwischen den Kommunen und dem Land über die Finanzierung der Kosten für die Flüchtlingshilfe besteht, letztendlich auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird. Ich finde es nicht richtig, wenn Kommunalpolitiker, darunter auch Bürgermeister, den Eindruck erwecken, dass Städte und Gemeinden mit der Unterbringung von Flüchtlingen überfordert wären. Wohlgedenkt: Wir bringen zurzeit 260 Menschen unter. Auf 41.000 Einwohner gerechnet ist das eine Zahl, die uns sicher nicht überfordert - auch dann nicht, wenn es noch mehr werden sollten. Aus Monheim am Rhein werden sie keine öffentlichen Klagen hören. Wir wollen uns angemessen um die Menschen, die bei uns eine Bleibe suchen, kümmern.

Wir wollen aber nicht nur besseren Wohnraum für obdachlose und asylsuchende Menschen schaffen. Gleichzeitig startet ein mit 130.000 € an städtischen Geldern ausgestattetes Kooperationsprojekt. Der Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer (SKFM) und der Verein Beratungszentrum werden mit neu eingestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern die Betreuung der in den Übergangunterkünften lebenden Menschen maßgeblich verbessern.

Beim gestrigen Neujahrsempfang der Katholischen Kirchengemeinde habe ich mich ausdrücklich dafür bedankt, dass sowohl die Katholische als auch die Evangelische Kirchengemeinde sich so intensiv um den Dialog mit den beiden Monheimer Moscheegemeinden kümmern. Es ist ja schon bezeichnend, dass gerade dort in Deutschland die meisten Menschen Angst vor dem Islam haben, wo die wenigsten Muslime leben. Die Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist doch, dass wir für noch mehr Austausch zwischen Christen und Muslimen sorgen müssen und dass es wichtig ist, sich kennenzulernen. Nur so kann man Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit wirkungsvoll begegnen.

Glasfaserausbau

Doch zurück zu den Plänen für das begonnene Jahr 2015: Nicht eingerechnet in die genannten Investitionsvorhaben ist der geplante Glasfaserausbau, der durch die MEGA durchgeführt wird. Die Stadt hat dieses Projekt vorbereitet, indem sie im vergangenen Jahr die Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung wieder komplett städtisch gemacht hat. Wir haben im Mai 2014 die bei

den Stadtwerken Düsseldorf befindlichen Anteile der MEGA zurückgekauft. Statt wie bisher zu 50,1 % gehört die MEGA damit wieder zu 100 % der Stadt Monheim am Rhein. Man könnte sagen, dass wir städtisches Tafelsilber zurückgekauft haben. In der kommenden Zeit werden wir es noch mächtig aufpolieren. Der Glasfaserausbau wird die Geschäftsbereiche der MEGA um das Angebot von schnellem Internet, Telefon und Fernsehen ergänzen. Wir wollen bis 2020 jedes Gebäude, egal ob privat oder gewerblich genutzt, mit einer eigenen Glasfaserleitung ausstatten. Das ist ein äußerst ambitioniertes Projekt, das kaum eine andere Stadt mit dieser Schnelligkeit und mit dieser Konsequenz umsetzt. Wir lassen es uns 20,8 Mio.€ kosten. Ich denke, es ist nicht vermessen, dieses Vorhaben durchaus mit der Zeit zu vergleichen, als Monheim 1898 Anschluss ans Telefonnetz oder 1903 an elektrischen Strom angeschlossen wurde. Auch der Glasfaserausbau ist ein solches Jahrhundertprojekt, das letztlich die Basis für den Wohlstand Monheim in den nächsten Jahrzehnten legen soll.

Kurz vor Weihnachten sind alle Grundstückseigentümer in den beiden ersten Ausbaugebieten angeschrieben worden. Das ist in Monheim der Bereich südlich des Berliner Rings, also Blee und Zaunswinkel. In Baumberg ist es das Gebiet rund um den Holzweg. In etwa acht Wochen werden die Bauarbeiten starten. Wir rechnen damit, dass etwa 70 % aller Grundstückseigentümer ihr Einverständnis erteilen werden, damit die MEGA die Leitungen über privaten Grund und Boden bis in den jeweiligen Keller ziehen kann. Bin von all diesen Eigentümer, die uns eine Zustimmungserklärung geben, hinterher nur 30 % den Anschluss nutzen und über die MEGA schnelles Internet, Telefon und Fernsehen bestellen, dann wird das Gesamtprojekt sich wirtschaftlich rechnen.

Soziale Projekte

Dass all diese Investitionen möglich sind, dass die Stadt zum 1. Januar 2014 die Kitagebühren abschaffen konnte und viele weitere Maßnahmen auch im sozialen Bereich umsetzen kann, das verdanken wir der erfolgreichen Steuerpolitik der letzten Jahre. Allein im letzten Jahr haben wir einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 34,7 Mio. € erwirtschaftet. Die Gewerbesteuererinnahmen pendeln sich bei 215 Mio. € ein, obwohl der Hebesatz noch einmal gesunken ist. Wenn wir die Innensicht - ich meine die Perspektive der Monheimer Bürgerinnen und Bürger - verlassen und die Perspektive der Menschen einnehmen, die nicht von all diesen Maßnahmen und Investitionen profitieren, weil sie eben nicht in Monheim am Rhein wohnen, dann wissen Sie, dass unser Vorgehen durchaus kritisiert wird. Keine andere Stadt in Nordrhein-Westfalen leistet es sich, die Kinderbetreuung für alle Kinder im Alter von null bis zehn Jahren sowohl in den Kitas als auch im offenen Ganztage der Grundschulen komplett kostenlos zu machen. Wir gehen sogar noch einen Schritt darüber hinaus. Die Stadt beteiligt sich aus sozialen Gründen mit 25 Euro pro Kind und Monat an den Essenskosten. Das finden Sie sonst nirgends.

Ähnlich ist es mit der städtischen Zustiftung zur neugegründeten Bürgerstiftung „Minsche vür Minsche“. Der Stadtrat hat im Dezember beschlossen, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für den gemeinnützigen Stiftungszweck zu fördern, indem jede Zustiftung bzw. Spende, die in 2015 bei der Stiftung eingeht, von der Stadt bis zu einem Höchstbetrag von 100.000 € verdoppelt wird. Wir wollen dadurch unterstützen, dass Menschen nicht nur ihre Zeit zur Verfügung stellen und sich ehrenamtlich engagieren, sondern auch noch Geld in die Stiftung geben. In welcher anderen Stadt wäre solch eine Zustiftung der Stadt möglich?

Gewerbesteuerpolitik

Wir können sehr froh darüber sein, dass die Monheimer Steuereinnahmen sich so gut entwickelt haben. Der Januar ist für uns alle, wie wir hier versammelt sind, ja ein besonders erfreulicher Monat geworden. Im Januar verschickt nämlich die Stadt ihre Gewerbesteuerbescheide. Falls Sie diese Tatsache noch nicht direkt fröhlich stimmt, empfehle ich Ihnen einfach mal, sobald Sie den Briefumschlag mit Ihrem Bescheid öffnen, gedanklich 60 Prozent aufzuschlagen. Das entspräche dann dem Durchschnittshebesatz aller Kommunen in NRW. Wenn Sie sich in die Lage eines Oberhausener Unternehmers versetzen wollen, dann dürfen Sie sogar 80 Prozent aufschlagen. Dort gibt es einen Hebesatz von 520 Punkten. Spitzenreiter in NRW ist die Eifelstadt Monschau.

Dort werden stolze 545 Punkte fällig, rund 90 Prozent mehr als in Monheim am Rhein. Ich denke also doch, dass es durchaus Grund zur Freude gibt, wenn Sie einen Gewerbesteuerbescheid der Stadt Monheim am Rhein in den Händen halten können.

Dass unser Steuersatz überhaupt solch ein Aufsehen erregt, liegt vor allem daran, dass das Hebesatzniveau der übrigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen so überproportional hoch ist. Von 396 Städten und Gemeinden in NRW erheben überhaupt nur elf Kommunen Hebesätze von weniger als 400 Punkten. Monheim am Rhein ist die einzige Stadt in NRW, die weniger als 300 Punkte verlangt. Dafür gibt es dann zwölf Kommunen, die 500 Punkte oder mehr verlangen. Im bundesdeutschen Vergleich belegt NRW damit einen traurigen Spitzenplatz unter den Flächenländern. Das durchschnittliche Hebesatzniveau liegt rund 80 bis 100 Punkte über dem in Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder Brandenburg.

Klage gegen den Kommunal-Soli

Schuld daran sind die hohen Abführungspflichten. Ich möchte die Argumente gegen den von der Landesregierung eingeführten Kommunal-Soli nicht gänzlich wiederholen, aber es sollte schon noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die Stadt auch ohne den Kommunal-Soli 80 % ihrer Gewerbesteuereinnahmen in Umlagen abführen muss. Da kann es nicht gerecht und auch nicht solidarisch sein, wenn wir jetzt 90 % abgeben müssen. Deshalb wehren wir uns gegen die zusätzliche Zahlungspflicht.

Bei ihrer Klage gegen die so genannte Solidaritätsumlage sind die Kommunen gut aufgestellt. Etwas mehr als 70 Städte und Gemeinden beteiligen sich an der Klage. Unterstützt wird das Verfahren durch ein Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Kirchhof. Herr Kirchhof hat dezidiert nachgewiesen, dass die Solidaritätsumlage gegen die Verfassung verstößt. Der Grund dafür ist einfach. Eine Umlage, so Herr Kirchhof, bedeutet, das zum Beispiel bei einer Party alle Teilnehmer zusammenschmeißen. Es wird nicht genauer nachgehalten, wer wie viel gegessen und getrunken hat. Alle zahlen in eine gemeinsame Kasse, aus der Getränke und Essen finanziert werden. Das ist eine Umlage. Was in Nordrhein-Westfalen läuft, geht jedoch anders. Hier funktioniert das System so: Einige zahlen und andere essen und trinken. Das, so bescheinigt es Herr Kirchhof, ist keine Umlage mehr, sondern eine Abgabe. Die Solidaritätsumlage heißt zwar Umlage, in ihrer Funktion ist sie aber eine Abgabe.

An dieser Stelle kommt das Grundgesetz ins Spiel. Es bestimmt erstens, dass den Kommunen die Einnahmen aus der Grund- und der Gewerbesteuer zustehen. Und es bestimmt zweitens, dass die Länder hierauf Umlagen erheben dürfen, wohlgemerkt Umlagen, keine Abgaben. Damit verstößt die Solidaritätsumlage, oder besser gesagt Solidaritätsabgabe gegen das Grundgesetz. Diese Argumentation ist sehr leicht nachvollziehbar und ich hoffe, dass sich die Verfassungsrichter in Münster ihr anschließen werden. In zwei bis drei Jahren werden wir ein Urteil erhalten.

Dank an den BAB und alle ehrenamtlich Aktiven in den Vereinen

Bis es soweit ist, möchte ich mich bei allen, die sich im BAB oder einem anderen örtlichen Verein ehrenamtlich engagieren herzlich bedanken. Sie leisten Dinge, die sich eine Stadt nicht kaufen kann: Zuwendung, Tatkraft und Mitgefühl. Das ist unverzichtbar und macht das Leben in unserer Stadt unverwechselbar.

Ich wünsche Ihnen sowohl im Namen von Rat und Verwaltung der Stadt als auch persönlich von Herzen Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass 2015 genauso oder vielleicht sogar noch ein bisschen erfolgreicher wird als das vergangene Jahr.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.